

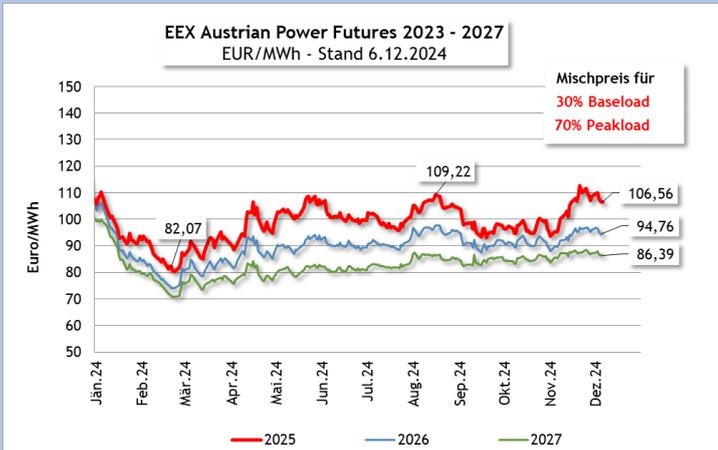
## Top-Meldung: WKOÖ-Präsidentin befürchtet drohende Energiekosten-Explosion und fordert Entlastungen

„Während die Energiepreise schon seit März heurigen Jahres wieder steigen, kommt aufgrund des Auslaufens der 2022 eingeführten Wirtschaftshilfen eine massive Kostenwelle auf die Unternehmen jeder Größenordnung zu“, warnt WKOÖ-Präsidentin Doris Hummer.

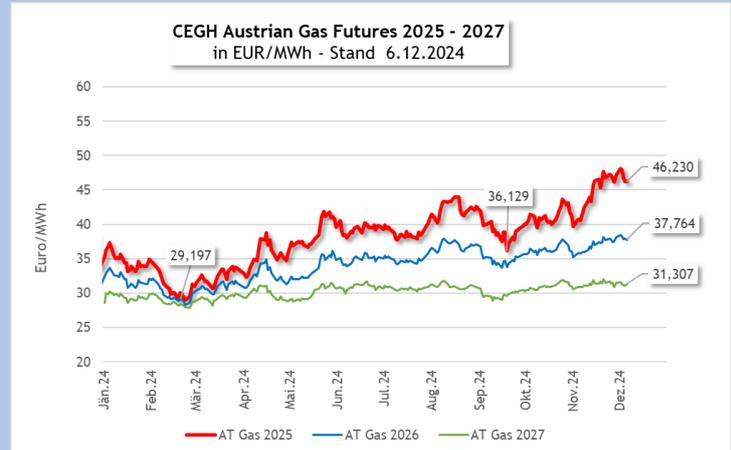
So sollen mit Beginn des nächsten Jahres die Erneuerbaren-Förderung, die Erhöhung der Energieabgaben und der nationale CO<sub>2</sub>-Preis wieder in voller Höhe verrechnet werden. Zusätzlich steht eine massive Erhöhung der Netzentgelte für Strom- und Gas ins Haus. Offen ist auch, ob die heimischen Kunden von der deutschen Gasspeicherumlage entlastet werden, wie dies auf Ministerebene bereits beschlossen wurde.

„Unternehmen, die schon jetzt unter der angespannten wirtschaftlichen Lage und der Rezession leiden, werden nun erneut mit erheblichen Mehrbelastungen konfrontiert“, unterstreicht Hummer und fordert von der Politik langfristige Entlastungen und eine verlässliche Strategie, um die Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität der heimischen Wirtschaft zu sichern. „Wir brauchen eine gerechte und planbare Energiepolitik, die Luft zum Atmen lässt und Raum für Investitionen und Wachstum schafft. Nur so werden Arbeitsplätze gesichert und der Standort gestärkt.“

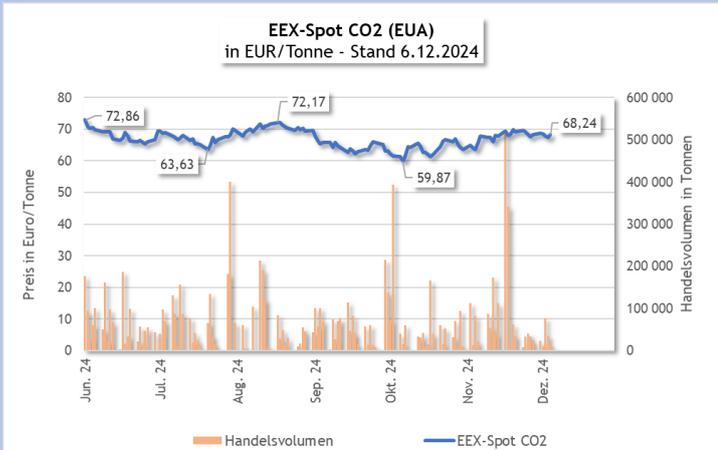
Details unter: <https://www.wko.at/ooe/news/drohende-energiekosten-explosion-ab-2025>



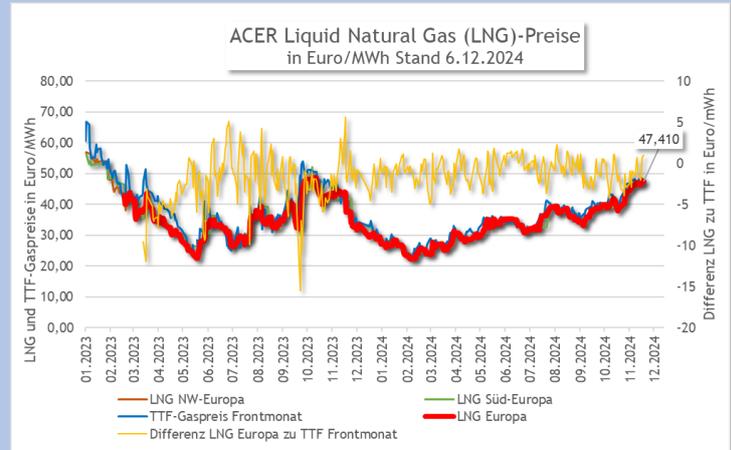
Die Strom Futures haben von Februar bis April 2024 um rund 20 Prozent zugelegt und schwanken seither zwischen 95 und 110 Euro/MWh. Für das Jahr 2025 liegen sie bei 106,6 Euro, für 2026 bei 94,8 Euro/MWh. Stand 6.12.2024 Quelle: <https://www.eex.com/de>



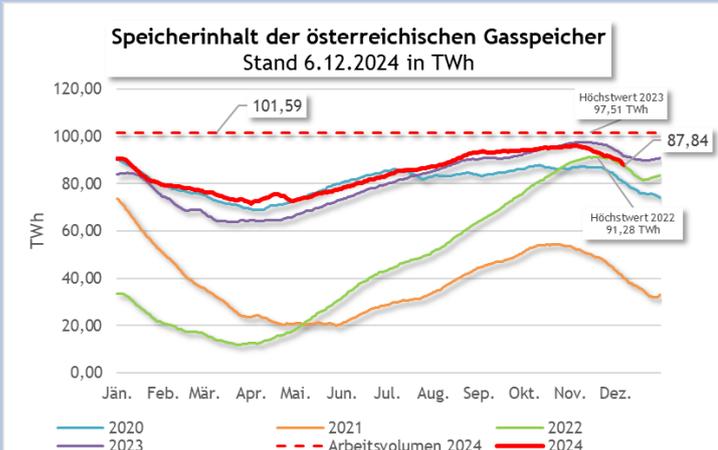
Die Gas Futures sind seit Mitte September von 36,1 auf 47,9 Euro/MWh um ein Drittel gestiegen und notieren aktuell für das Jahr 2025 bei rund 46,2 Euro, für 2026 bei 37,8 Euro und für 2027 bei 31,3 Euro/MWh. Stand 6.12.2024 Quelle: <https://www.cegh.at>



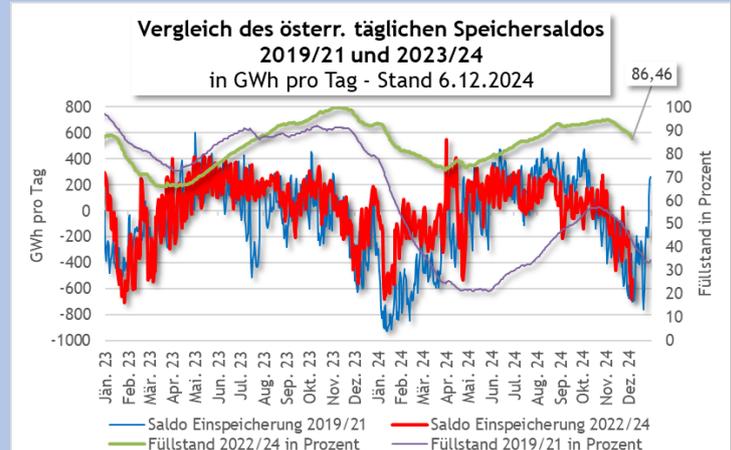
Der CO<sub>2</sub>-Emissionshandel ist ein Eckpfeiler zur kosteneffizienten Reduktion der Treibhausgase. Der Preis auf dem Spotmarkt ist von 9,5 Euro/t 2018 auf knapp 100 Euro 2023 gestiegen und liegt nun bei 68,2 Euro/t. Stand: 6.12.2024 Quelle: <https://www.eex.com/de>



Seit Jahresbeginn 2024 halten sich die Preise für Flüssigerdgas (LNG) im Vergleich mit den niederländischen TTF-Gas-Fürwards etwa die Waage und schwanken im Bereich zwischen plus/minus 5 Euro/MWh. Stand: 6.12.2024 Quelle: <https://aegis.acer.europa.eu/terminal>



In den österr. Gasspeichern lagern mit 87,8 TWh rund 96,5 % des Jahresbedarfs. Das entspricht etwa dem Niveau von 2022. Die einzelnen Speicherstände liegen zwischen 85,4 und 89,4 Prozent ihrer Kapazität. Stand: 6.12.2024 Quelle: <https://agsi.gie.eu/data-overview/AT>



Die täglich eingespeicherten Gasmengen liegen seit Juni 2024 deutlich unter jenen von 2022, dem Jahr mit dem bisher höchsten Speicherstand. Der angekündigte Russengas-Lieferstopp zeichnet sich vorerst nicht ab. Stand: 6.12.2024 Quelle: <https://agsi.gie.eu/data-overview/AT>

## Aktuelle Entwicklungen

### Erhöhung statt Abschaffung der deutschen Gasspeicherumlage?

Nach dem Auslaufen des Transitvertrages durch die Ukraine per Ende 2024 soll nach aktuellem Stand bisher importiertes russisches Pipelinegas durch Gas aus Norwegen und Flüssigerdgas (LNG) ersetzt werden. Da diese Lieferungen Großteils über Deutschland nach Österreich gelangen, müsste für diese Gasmenge die deutsche Gasspeicherumlage von derzeit 2,50 Euro pro MWh entrichtet werden. Allerdings hat der deutsche Marktgebietsverantwortliche Trading Hub Europe Ende November mitgeteilt, dass die Gasspeicherumlage ab 1. Jänner 2025 um knapp 20 % auf 2,99 Euro/MWh steigen wird.

Die Umlage würde Experten zufolge den Import von nicht-russischem Gas mit einer zu kompensierenden Menge von zumindest 30 TWh pro Jahr um rund 100 Mio. Euro jährlich verteuern. Österreich drängt daher beim Nachbarland weiterhin, die Gasspeicherabgabe - wie auf Ministerebene ausgehandelt - Ende 2024 abzuschaffen. Auch über die EU-Kommission sind die Verantwortlichen mit Deutschland in Kontakt. Details unter: <https://www.tradinghub.eu/de-de/Unternehmen/Newsroom/News/Details/ArtMID/1404/ArticleID/224/Pressemitteilung>

### Bau des 220-kV-Rings für den Zentralraum Oberösterreich gestartet

Mit dem Spatenstich wurde vor Kurzem die gemeinsame Umsetzung des Projekts „Sichere Stromversorgung Zentralraum OÖ“ von Austrian Power Grid (APG), Netz Oberösterreich und Linz Netz eingeläutet. Das 800 Mio. Euro-Investment sieht vor, das alte 110-kV-Netz durch einen 220-kV-Versorgungsring zu ersetzen, um die Stromversorgung des Zentralraumes nachhaltig abzusichern und die Energiewende zu ermöglichen.

Der neue 42 km lange 220-kV-Versorgungsring verbindet die Umspannwerke Ernsthofen, Pichling, Hütte Süd, Wegscheid und Kronstorf und soll 2030 fertiggestellt sein. Für die Errichtung werden großteils die bestehenden 110 kV-Trassen genutzt. Der Versorgungsring ist zentral für die sukzessive Umstellung der voestalpine auf grüne Stahlproduktion. Ab 2027 will man in Linz und Donawitz je einen Hochofen durch einen Elektro-Lichtbogenofen ersetzen und so bis 2029 rund 30 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen. Der Ring ist daher ein wichtiger Meilenstein für die Versorgungssicherheit und die Dekarbonisierung.

Details unter: <https://www.apg.at/projekte/zentralraum-oberoesterreich>

## Änderungen bei Gesetzen und Verordnungen

### Begutachtungsentwurf zur Strom-Systemnutzungsentgelte Verordnung - Novelle 2025

Bei den Strom-Netzentgelten führen insbesondere der Anschluss erneuerbarer Erzeugungsanlagen sowie die Inflation zu höheren Kosten für das Jahr 2025. Zusätzlich kam es in vielen Netzbereichen zu einer spürbar reduzierten Abgabemenge, wofür einerseits die gestiegene PV-Eigenerzeugung und andererseits die - durch massiv Preissteigerungen ausgelöste - Energieeinsparung verantwortlich zeichnen. In den meisten Netzbereichen steigen die Netznutzungsentgelte deutlich. Die Tarifsteigerungen liegen für Oberösterreich zwischen 6,1 und 29,1 % und im Netzbereich Linz zwischen 5,4 und 23,5 %. Das Netzverlustentgelt reduziert sich um rund 30 % in Oberösterreich und um etwa 14 % in Linz.

Details unter: [https://www.e-control.at/documents/1785851/0/R+SNE+01\\_24+SNE-V+2018+Novelle+2025\\_Begutachtungsentwurf+%281%29.pdf](https://www.e-control.at/documents/1785851/0/R+SNE+01_24+SNE-V+2018+Novelle+2025_Begutachtungsentwurf+%281%29.pdf)

### Begutachtungsentwurf zur Gas-Systemnutzungsentgelte Verordnung - Novelle 2025

Die Umsetzung des neuen Regulierungssystems, welches für die Jahre 2023 bis 2028 die Kostenentwicklung der Verteilernetzbetreiber vorgibt, führt für das Jahr 2025 in allen Netzbereichen zu Erhöhungen. Die Inflationsabgeltung sowie die Abgeltung des Regulierungskontos wirkt ebenso wie die Aktualisierung der Fernleitungsentgelte kostenerhöhend. Im Vergleich zu den Entgelten des Vorjahres ergibt sich für die Netzebene 2 in Oberösterreich eine Erhöhung von 8,8 %, in Netzebene 3 beträgt die Tarifsteigerung 30,4 %. Die hohen Entgeltsteigerungen in Oberösterreich sind das Resultat aus deutlich höheren Kosten aufgrund des Regulierungskontos und gesunkener Gas Mengen für die Tarifierung.

Details unter: [https://www.e-control.at/documents/1785851/0/R+SNE+G+02\\_24+GSNE-VO+2013++Novelle+2025\\_nach+Begutachtung.pdf](https://www.e-control.at/documents/1785851/0/R+SNE+G+02_24+GSNE-VO+2013++Novelle+2025_nach+Begutachtung.pdf)

## Forderungen der WKÖ

### Wirtschaftskammer fordert Einfrieren der Strom- und Erdgasabgabe sowie ein umfangreiches Maßnahmenpaket

Die Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik der Wirtschaftskammer Österreich warnt davor, dass die Belastungen durch höhere Netzkosten, die Elektrizitäts- und Erdgasabgaben sowie die CO<sub>2</sub>-Bepreisung ab 1. Jänner 2025 erheblich steigen könnten. Energieintensiven Betrieben drohen demnach bis zu 59 % höhere Energiekosten, kleineren Unternehmen etwa 44 %. So werden bei KMUs die massiv steigenden Netzkosten als „größter Brocken“ der Belastung ausgewiesen, während in der Industrie die Erdgasabgabe besonders stark ins Gewicht fällt.

Folgende Maßnahmen, die bislang ausgesetzt oder reduziert waren, werden mit Beginn des neuen Jahres wieder voll in Kraft treten:

- Erneuerbaren-Förderpauschale: war seit 2022 ausgesetzt
- Erneuerbaren-Förderbeitrag: war seit 2022 ausgesetzt
- Erhöhung der Elektrizitätsabgabe: soll von 0,001 auf 0,015 Euro je kWh um den Faktor 15! angehoben werden
- Erhöhung der Erdgasabgabe: soll von 0,01196 auf 0,066 Euro je m<sup>3</sup> um den Faktor 4,5 angehoben werden
- Nationaler CO<sub>2</sub>-Preis: Erhöhung um 22,2 % von 45 auf 55 Euro je Tonne
- Erhöhung der Strom-Netzentgelte: im Haushalts- und KMU-Bereich um 33,5 % in Oberösterreich und um 21,7 % in Linz
- Erhöhung der Gas-Netzentgelte: im Haushalts- und KMU-Bereich um 30,4 % im gesamten Bundesland Oberösterreich
- Erhöhung des Erdgas-Clearingentgelts: bei Verbrauchsumsätzen um 23 %, bei Handelsumsätzen um 41 %

Zusätzlich treiben seit März 2024 gestiegene Marktpreise, wie etwa der Anstieg bei den Gas-Futures um 33 % oder die Steigerung bei den Strom-Futures um 30 % die Kosten nach oben. Um dem entgegenzuwirken, fordert die Wirtschaftskammer Österreich eine Verlängerung der auf das EU-Minimum gesenkten Elektrizitäts- und Erdgasabgaben bis Ende 2025, das Einfrieren der CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf den Wert von 2024 in Höhe von 45 Euro sowie die Aussetzung der Erneuerbaren-Förderpauschale und des Förderbeitrags für 2025.

Wie oben beschrieben könnte die geplante Erhöhung der deutschen Gasspeicherumlage Importe aus Deutschland um 6 bis 7 % des verteuern. Die WKÖ fordert daher politischen Druck auf Deutschland auszuüben, um diese Umlage abzuschaffen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf liegt bereits im Deutschen Bundestag, ist aber noch nicht beschlossen.

Langfristig plädiert die Wirtschaftskammer Österreich - ebenso wie WKÖ-Präsidentin Doris Hummer - ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Senkung aller Energiepreiskomponenten zu beschließen. Gleichzeitig ist ein massiver Ausbau aller erneuerbarer Energieformen notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas angesichts des in den USA und China bis zu sechsmal günstigeren Gaspreises zu sichern.

Details unter: <https://www.wko.at/ooe/news/drohende-energiekosten-explosion-ab-2025> und <https://orf.at/stories/3376989>

Das Team des Energie-Telegramms wünscht allen Leserinnen und Lesern frohe und besinnliche Weihnachten sowie ein gutes und erfolgreiches neues Jahr. Die nächste Ausgabe des Energie-Telegramms erscheint voraussichtlich am 13. Jänner 2025.